

Europawahl 2019: Ende oder Neuanfang europäischer Solidarität?¹

STEFAN WALLASCHEK, M.A.

ist Doktorand an der Universität Bremen und an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS)
<https://www.bigsss-bremen.de/people/phd-fellows/stefan-wallaschek>

Zwischen dem 23. und 26. Mai 2019 findet die Wahl zum Europäischen Parlament (EP) statt (in Deutschland am 26.05.) und noch nie waren die christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien so unter Druck wie in diesem Jahr. Sie sehen sich schwindender Wählerzustimmung, inner-fraktioneller Konflikte, sowie der Problematik gegenüber, was die Europäische Union aus den Krisen gelernt hat. Zudem sind die rechtspopulistischen und -radikalen Kräfte weiterhin im Aufwind und scheinen nach 2014 nochmal einen Stimmengewinn verzeichnen zu können. Eine Schlüsselfrage ist dabei, wie die verschiedenen Parteien mit der (europäischen) Solidarität bzw. Entsolidarisierungstendenzen umgehen.

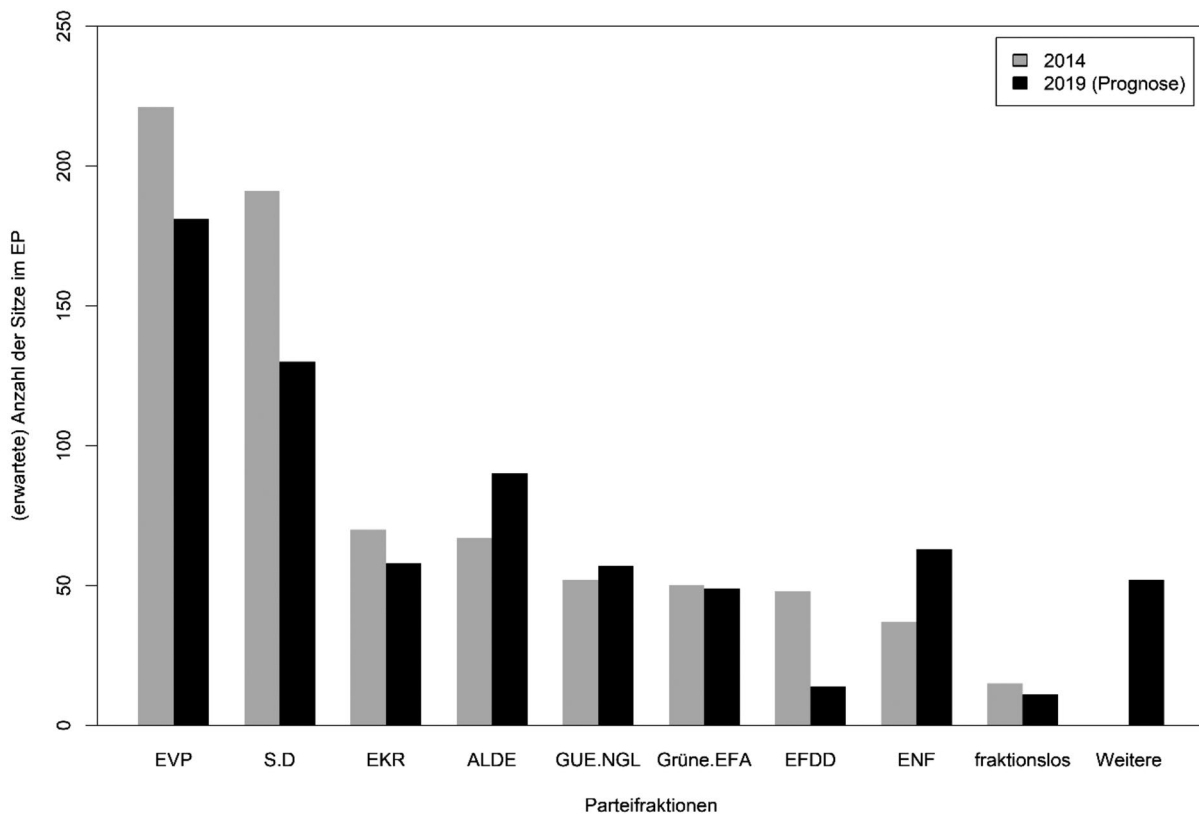
Schließlich steht viel auf dem Spiel mit der Wahl im Mai 2019. Nicht nur wird sich mit dem Brexit – falls er wie geplant im März 2019 vollzogen wird – eine fundamentale Veränderung in der machtpolitischen Architektur der EU ergeben, zugleich sind die Euro- und Migrationskrise nicht grundlegend gelöst. Die Einführung einer „europäischen Schuldenbremse“ im Rahmen des europäischen Fiskalpakts im Jahr 2011 überträgt der Europäischen Kommission weitreichende Kompetenzen zur Überwachung (und Sanktionierung) der Haushalte in den EU-Mitgliedsländern (Schrooten 2012). Der Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der Kommission um den italienischen Haushalt zeigt, dass es um nicht weniger geht als die grundlegende Ausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion. Inwiefern haben nationale Parlamente noch die Hoheit über das Budgetrecht und wie viel Koordination auf europäischer Ebene ist notwendig, um eine erneute Krise abzuwenden? Zudem zeigt sich eine veränderte Migrationsdynamik Richtung Spanien, welches nun wieder steigende Ankunftsahlen ver-

zeichnet und prompt aus Brüssel dazu aufgerufen wird, seine Grenzen besser zu sichern (tagesschau.de 2018). Eine nachhaltige und humane Lösung, wie mit Migration und Flucht nach Europa umgegangen wird, scheint politisch nicht gewollt zu sein und fraglich bleibt, ob die EU und ihre Mitgliedsstaaten überhaupt ein Interesse daran haben. Stattdessen wird jeglicher solidarischen Umverteilung von Geflüchteten eine Absage erteilt.

Die zunehmende Unübersichtlichkeit im EP

Die parteipolitische Ausgangslage für die Europawahl ebenfalls vertrackt. Als einzig sicher gilt bislang, dass die Christdemokraten in der EVP- sowie die Sozialdemokraten in der S&D-Fraktion erheblich an Sitzen im EP verlieren werden. Aktuell würde es daher nicht mal zu einer parlamentarischen Mehrheit durch eine Große Koalition reichen (siehe Abb. 1). Gleichzeitig gewinnen die kleineren Fraktionen hinzu oder orientieren sich gar neu, um größere fraktionelle Zusammenschlüsse

Abbildung 1: Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament (2014 & Prognose für 2019)



Quelle: eigene Darstellung. 2014 wurden 751 Abgeordnete ins EP gewählt und 2019 werden es voraussichtlich 705 Abgeordnete sein. Die Daten für 2019 basieren auf <https://www.foederalist.eu/p/europawahl-umfragen.html> (abgerufen am 21.01.2019). Abkürzungen: EVP – Europäische Volkspartei, S&D – Sozialdemokratische Parteien Europas, EKR – Allianz der Konservativen und Reformen in Europa, ALDE – Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, GUE/NGL – Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linken, Grüne/EFA – Europäische Grüne Partei, EFDD – Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie, ENF – Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit, Fraktionslos – ParlamentarierInnen die sich keiner Fraktion anschließen, Weitere – mehrere PolitikerInnen einer nationalen Partei, die bisher keiner Fraktion zugeordnet werden können (z. B. die italienischen 5-Sterne-Bewegung).

zu bilden. Gerade im rechtspopulistischen und europakritischen Lager ist viel Bewegung. Wie das EP also nach der Wahl strukturiert sein wird, bleibt stark im Ungewissen. Generell sehen wir uns aber einer größeren Fragmentierung und damit einhergehenden Polarisierung des Europäischen Parlaments entgegen.

Die Europäische Volkspartei (EVP) um ihren Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten, Manfred Weber (CSU), muss einen Weg finden, mit der ungarischen Fidesz-Partei von Viktor Orbán umzugehen, die jedoch immer wieder gegen die EU agitiert und den Parteienzusammenschluss rein machstrategisch erscheinen lässt. Überdies werden die Fidesz-PolitikerInnen vom EKR-Zusammenschluss umworben, um mit ihnen eine Fraktion zu bilden. Der Zusammenschluss EKR aus rechtskonservativen und europas-

keptischen Parteien, wie der polnischen PiS, sucht nach dem Ausscheiden der britischen Tories in Folge des Brexits schließlich nach neuen Parteien für eine Fraktion. Neben der umworbenen Fidesz-Partei, die aber von der EVP trotz vermehrter Kritik in der Fraktion gehalten werden soll, sind es vor allem andere rechtspopulistische Parteien, die für eine Fraktion in Frage kommen. Zugleich sind die rechten Zusammenschlüsse EFDD und ENF im Umbruch. Während letztere von den ehemaligen Front National-PolitikerInnen (seit Juni 2018 heißt der FN nun *Rassemblement National*), der italienischen Lega-Nord (jüngst firmiert sie nur noch unter dem Namen *Lega*) und der niederländischen PVV von Geert Wilders dominiert wird, wird erstere v. a. von der britischen UKIP und den Mitgliedern der italienischen 5-Sterne-Bewegung getragen.

UKIP wird nach dem Brexit jedoch nicht nochmal vertreten sein und die 5-Sterne-Bewegung ist unentschieden, welcher politischen Richtung sie folgen soll. Ein Versuch, der liberalen ALDE-Fraktion 2017 beizutreten, scheiterte am Veto der ALDE-Abgeordneten. Damit steht die EFDD-Fraktion vor dem Aus.

Offenbar gibt es Überlegungen, nach der Wahl eine gemeinsame Fraktion aus EFDD und ENF zu bilden und mit Steve Bannon gibt es einen zentralen Akteur, der die Einigung rechter Parteien in Europa vorantreibt (Vogel 2018). Zudem äußerte der AfD-Spitzenkandidat für die EP-Wahl Jörg Meuthen, dass FPÖ-Politiker Strache, Lega-Chef Salvini sowie Orbán Verbündete für ein ›Europa der Vaterländer‹ seien (FAZ.net, 2018a). Ein solcher fraktioneller Zusammenschluss im rechten politischen Lager hätte in den aktuellen Progn-

sen sogar mehr Stimmen als die sozialdemokratische S&D-Fraktion! Die vielen personellen Wechsel, Austritte und auch inhaltlichen Differenzen im rechten Lager lassen aber eine einheitliche rechten Fraktionszusammenschluss ungewiss erscheinen. Je nachdem ob die rechten Kräfte massiv zulegen können oder unter ihren Erwartungen bleiben, kann dies die fraktionelle Geschlossenheit oder die Fliehkräfte zwischen den rechten Parteien erhöhen.

Das gemeinsame Ziel von RN, Lega und Co. ist dabei die EU zu schwächen, wenn nicht gar ganz die Auflösung der EU anzustreben. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament nicht boykottiert werden. Stattdessen zeigt sich am Beispiel der horrenden Ausgaben der ENF-Fraktion für teure Weihnachtsgeschenke und Champagner, dass die verfügbaren Gelder des EPs mehr als ausgenutzt werden. Während man also die anderen Parteien dafür kritisiert Steuergelder zu verschwenden und sich nicht um die Belange der BürgerInnen zu kümmern, sieht sich die ENF-Fraktion massiver Kritik und Rückzahlungsforderungen seitens des EP gegenüber (Guyot 2018). Das heißt auch, dass Gelder, Strukturen und Kapazitäten von einer europäischen Institution genutzt werden, um eine antieuropäische und nationalistische Politik zu verfolgen. Und das ist gewissermaßen die Paradoxie des Erfolgs: WählerInnen votieren für rechte Parteien im Europäischen Parlament, obwohl diese zum Ziel haben, Europa von innen heraus auszuhöhlen und das EP zu delegitimieren. Es wird sich also europäisch zusammengeschlossen, um die EU anzugreifen, um schließlich ein Zurück zum Nationalstaat zu fordern.

Die liberale ALDE-Fraktion um Guy Verhofstadt geht ein Wahlbündnis mit der En Marche-Liste von Emanuel Macron ein und statt eines/r SpitzenkandidatIn einigte man sich auf ein »Kampagnenteam«. Dies wird ihr wohl mehr Gewicht im EP verschaffen und sie damit zur dritten Kraft im EP aufsteigen lassen. Für die grünen und linken Parteien stellt sich dann die Frage, wie viele Sitze sie an den größeren liberalen und pro-europäischen Parteienzusammenschluss verlieren werden. Gerade die europäischen Grüne/EFA steht aktuell am schwächsten da. Zudem haben linke und grüne Parteien mit der DiEM25-

Bewegung vom ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis sowie einem weiteren Zusammenschluss mit dem Namen »Now the People«, in dem linke Parteien wie Podemos oder der französischen Linkspartei von Francois Mélenchon eine weitere Konkurrenz, die das linke Lager womöglich weiter aufsplintern könnte.

Die sozialdemokratischen europäischen Parteien stehen der Schwierigkeit gegenüber, dass eine eigenständige Machtoption für den S&D-Spitzenkandidaten aus den Niederlanden, Frans Timmermans, kaum zu formulieren ist. Die S&D liegt in den Prognosen weit hinter der EVP und ist von ihren 191 Sitzen 2014 weit entfernt. Rein rechnerisch gäbe es vermutlich eine Parlamentsmehrheit für ein Mitte-Links-Bündnis, doch es gibt zu viele Konfliktlinien mit den grünen, linken und liberalen Fraktionen als das mit deren Hilfe der sozialdemokratische Kandidat gegen die konservative EVP zum Kommissionspräsident gewählt wird. Jedoch muss auch die EVP um die Zustimmung bei anderen Fraktionszusammenschlüssen werben – allen voran bei der S&D-Fraktion sowie bei der liberalen ALDE sollte sie tatsächlich die dritte Kraft im EP werden. Zu bedenken ist zudem, dass über den Kommissionspräsidenten letztlich die Regierungschefs im Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden. Das EP wählt erst danach den Kommissionspräsidenten mit einfacher Mehrheit.

Ende oder Neubeginn der Solidarität in der EU?

Die Krisen haben zudem gezeigt, wie brüchig und umstritten jegliche Formen europäischer Solidarität sind (Wallaschek 2017, 2018). Dabei kommt der Frage, wie es die verschiedenen Parteien in der Frage der (europäischen) Solidarität halten und wer sich mit wem aus welchen Gründen solidarisch erklärte, eine Schlüsselrolle zu. Gegenwärtig können wir drei Formen von Solidarität bei den Parteien identifizieren:

(1) Die erste Form ist eine *exklusivistische und nationalistische Solidarität*, die sich v. a. auf das eigene Staatsvolk projiziert, antieuropäisch ist und dabei antisemitische, rassistische und frauenfeindliche Parolen propagiert.

Diese Solidarität ist auf den eigenen Nationalstaat bezogen und ist nur in ihrem antieuropäischen Kurs auf Europa bezogen. Die Parteien der Fraktionen ENF, EFDD, EKR mobilisieren also eigentlich ihre WählerInnen für das EP, um gegen andere WählerInnen Stimmung zu machen. Solidarität heißt hier Ausgrenzung und Abschottung nach innen für die eigene Gruppe und für den eigenen Vorteil.

(2) Die zweite Form ist eine *instrumentelle und intergouvernementale Solidarität*. Sie basiert zumeist auf Vorstellungen einer Lastenteilung und Verteilungslogik, die jedoch eher auf Konditionalität statt Reziprozität basiert. EVP, große Teile der S&D sowie die ALDE-PolitikerInnen sehen in europäischer Solidarität einen essentiellen Wert der EU und befürworten diese Form im Allgemeinen. Exemplarisch sei hier an die Eurokrise erinnert. Solidarität wurde von fast allen Seiten bekräftigt, doch zumeist mit dem Zusatz, dass diese nur gewährt würde, wenn die Krisenstaaten bestimmte Auflagen (Reformen, Haushaltskürzungen, Liberalisierungen) vornehmen und sich damit der Austeritätspolitik verschreiben würden. Der Solidaritätsgeber diktiert, was der Solidaritätsnehmer zu tun hat, um überhaupt Solidarität zu erfahren.

(3) Im links-grünen Lager werden hingegen Formen *transnationaler sozialer Solidarität* befürwortet. Sie gründen sich auf universellen Werten und den Menschenrechten, um Solidarität mit Fremden ebenso zu zeigen wie Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu adressieren. Beispielhaft sei hier an die Forderung nach einem umfangreichen EU-finanziertem Konjunkturprogramm für die Krisenstaaten erinnert, um die Krise zu bewältigen und die Rezession zu durchbrechen oder der Befürwortung einer gerechten Verteilung von Geflüchteten unter allen EU-Mitgliedsstaaten während der Migrationskrise.

Schluss: Das politisierte EP, welches EUropa und umstrittene Solidaritäten

Drei Schlussfolgerungen lassen sich aus der skizzierten politischen Konstellation für die Europawahl ziehen: *Erstens* sollte die Fragmentierung des Parlaments zwar kritisch gesehen werden, nicht jedoch die Polarisierung. Selbstredend werden

ins EP PolitikerInnen gewählt, die eben dieses in Frage stellen und anstatt mit Argumenten mit falschen Behauptungen Politik machen. Doch die Polarisierung und damit die Zuspitzung des politischen Konflikts können dazu beitragen, dass das EP endlich mehr im öffentlichen Diskurs präsent ist. Diese Sichtbarkeit in den nationalen Öffentlichkeiten und der politische Streit um zentrale Politikfelder (Wirtschaft, Finanzen, Migration, Verbraucherschutz, Digitales, etc.) können deutlich machen, dass das EP bereits – trotz aller Einschränkungen – eine wichtige Rolle im europäischen Gesetzgebungsverfahren spielt. Die Politisierung des Europäischen Parlaments könnte sich schließlich auch in einer erhöhten Wahlbeteiligung niederschlagen. 2014 lag diese im europäischen Durchschnitt nur bei knapp 43 Prozent. Eine höhere Legitimation durch die BürgerInnen kann dem EP dazu verhelfen, mehr Rechte einzufordern und sich als gleichwertige Institution gegenüber Europäischer Kommission und Rat zu etablieren – auch wenn das heißen sollte, dass zukünftig rechte Kräfte eine stärkere Position im EP einnehmen sollten. Das EP klein zu halten, weil rechte Parteien an Stimmen gewinnen könnten, erscheint kurzsichtig und zu opportunistisch (Fessler 2018).

Zweitens sollte man sich vergegenwärtigen, dass eine simple Pro- oder Contra-Europa-Position nicht mehr möglich ist. Stattdessen muss es im öffentlichen Diskurs, im Wahlkampf vor Ort und im Parlament darum gehen, welches Europa die Parteien und PolitikerInnen wollen. Daher müssen auch rechte Parteien sich rechtfertigen, was es den eigentlich heißt, die EU ‚zu reformieren‘ (oder gar abzuschaffen). Ebenso müssen linke und grüne Parteien erklären, was es denn heißt, ein „soziales Europa“ oder einen „Green New Deal“ zu wollen und wie man das genau erreichen will. Und an den konservativen und sozialdemokratischen Parteien muss es liegen, zu sagen, wie es nun weitergeht, welche Vision sie für die EU haben und was sie aus den vergangenen Krisen gelernt haben. Es gilt also, den öffentlichen Diskurs von einem simplen für oder gegen Europa zu einem *welches Europa* zu verändern und womöglich gelingt es dann wirklich, die EU neu zu begründen, so wie das jüngst deutsche und französische

WissenschaftlerInnen gefordert haben (faz.net 2018b). Eins steht dabei fest: Eine wie früher gern geübte Ignorierung der EU im Wahlkampf und das Überspielen des EP-Wahlkampfes mit nationalen Themen scheint kaum möglich und wenig ratsam, wenn die Entfremdung von der EU in der Bevölkerung nicht stärker zunehmen soll. Zudem zeigen Umfragestudien, dass sich die BürgerInnen sehr wohl für EU-Belange interessieren und sich darüber schon bei der Europawahl 2014 mobilisieren ließen (Hobolt/de Vries 2016). Daher gilt es umfassende und vielfältige Informationen zur Wahl bereitzustellen und für die BürgerInnen ist es dann wichtig, sich zu informieren. Die (neuen) Fraktionsabkürzungen, anderen Begrifflichkeiten und europäischen Institutionen sollten nicht abschrecken. Sie sollten vielmehr dazu auffordern, sich damit zu beschäftigen und in die Diskussion mit den zuständigen MEPs zu treten und sich bewusst zu machen, dass Gleichgültigkeit und Wahlabstinenz nicht weiterhelfen.

Drittens zeigen die drei Vorstellungen über Solidarität in ganz verschiedene Richtungen. Diese gilt es im Wahlkampf zu diskutieren und die Parteien dafür in die Verantwortung zu nehmen, ihre Wahlkampfaußagen auch nach der Wahl zu verfolgen. Wie sehe die Zukunft der EU aus, wenn eine eher instrumentelle und konditionale Solidarität verfolgt würde und welche Chancen ergeben sich, wenn es eine größere transnationale Solidarität geben würde? Welche Vor- und Nachteile für die BürgerInnen der EU hätte es, wenn Solidarität zwar gefordert und erwartet, aber meist nur unter bestimmten Bedingungen der Solidaritätsgeber gewährt wird? Und welche Grenzen sind Solidarität gesetzt, wenn durch eine europäische Arbeitslosenversicherung die EU-Integration weiter vertieft würde, obwohl die BürgerInnen derzeit skeptisch über die Lage der EU denken? Diese Fragen gilt es in Europa sowohl grundsätzlich als auch im Hinblick auf spezifische politische Entscheidungen zu thematisieren – egal ob in Wahlkampfzeiten oder nicht.

Anmerkung

- (1) Ich danke Ulrike Liebert und Dennis Zagermann für hilfreiche Kommentare zum Text. ■

Literatur



Hobolt Sara B. /Catherine de Vries (2016): Turning against the union? The impact of the crisis on the Eurosceptic vote in the 2014 European Parliament elections. *Electoral Studies*, 44, 504-514.

Faz.net (2018a): Meuthen führt die AfD in den Europawahlkampf. In: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/joerg-meuthen-fuehrt-die-afd-in-den-europawahlkampf-15895055.html> (16.11.2018), zuletzt abgerufen am 23.11.2018.

Faz.net (2018b): Die EU muss neu gegründet werden. In: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/franzoesisch-deutsches-manifest-die-eu-muss-neu-gegruendet-werden-15800281.html?printPagedArticle=true#void> (23.09.2018), zuletzt abgerufen am 23.11.2018.

Fessler, Moritz (2018): Pump it up! In: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/pump-it-up-3081/> (12.11.2018), zuletzt abgerufen am 23.11.2018.

Guyot, Claire (2018): EU-Parlament könnte 427.000 Euro vom Front National fordern. In: <https://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/eu-parlament-koennte-427-000-euro-vom-front-national-fordern/> (07.03.2018), zuletzt abgerufen am 23.11.2018.

Schrooten, Mechthild (2012): Europäische Schuldenbremse. Disziplinierung der Haushalte oder Einschränkung der Finanzpolitik?. In: *FES Perspektive*, Mai 2012.

Tagesschau.de (2018): Spanien soll Grenzen besser sichern. In: <https://www.tagesschau.de/ausland/eu-spanien-fluechtlinge-101.html> (13.11.2018), zuletzt abgerufen am 23.11.2018.

Vogel, Steffen (2018): Kampf um Europa: Bannon vs. Macron und Varoufakis. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 63 (9), 17-20.

Wallaschek, Stefan (2017): Notions of Solidarity in Europe's Migration Crisis: The Case of Germany's Media Discourse. In: *EuropeNow Journal*.

Wallaschek, Stefan (2018): Umkämpfte Solidarität und die Krise der EU. In: *Zeitschrift für Politik*, 65 (4), 413-420.

»Für die Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe unverzichtbar.«

Werner Schipmann, Blickpunkt Jugendhilfe 1/13, zur Voraufgabe



Neuaufgabe
2019

Frankfurter Kommentar SGB VIII

Kinder- und Jugendhilfe
Kommentar

Herausgegeben von Prof. Dr. Johannes Münder,
Dr. Thomas Meysen und Prof. Dr. Thomas Trenzcek

8. vollständig überarbeitete Auflage 2019,

1.197 S., geb., 69,- €

ISBN 978-3-8487-2232-7

nomos-shop.de/24582

Der Frankfurter Kommentar lässt als führender Kommentar für die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe keine Fragen offen. Er spielt seine Stärken gerade an den Schnittstellen zum jugend- und familiengerichtlichen Verfahren wie zu den anderen Sozialleistungssystemen aus. Die Kommentierungen der Finanzierungsfragen, Inobhutnahme, Kinderschutz und örtliche Zuständigkeit/Kostenerstattung sind meinungsprägend.

Die 8. Auflage legt die Schwerpunkte insbesondere auf folgende Themen:

- Neue Grundlagen der Einrichtungsaufsicht (Definition Einrichtungsbegriff, Nachweis- und Meldepflichten, örtliche Prüfung)
- Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes (Integrationshilfe; Assistenzleistungen; etc.)
- Qualitätssicherung und Verfahren bei Auslandsmaßnahmen
- Änderungen im Datenschutz (Auswirkungen der europäischen Datenschutz-Verordnung des neuen BDSG)
- Rechtsfragen im Zusammenhang mit Leistungen für (Pflege-) Kinder mit Behinderung

- Ombudschaften und eigenständige Beratung von Kindern und Jugendlichen
- Neusortierung des Finanzierungsrechts.

Alle weiteren gesetzlichen Neuregelungen, z.B. bezüglich minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge sind ebenfalls durchgängig und fundiert kommentiert.

Besonders praxisnah

Ein ausgewiesener Schwerpunkt liegt auf den Zuständigkeitsfragen (Stichwort Wanderakten) und den Neuregelungen durch das BTHG, das Gute-Kita-Gesetz sowie bei minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen. Die neueste Rechtsprechung zur sachlichen Zuständigkeit, Kostenbeteiligung, Tagesbetreuung und den Rechtsfolgen bei der Verletzung fachlicher Standards sind berücksichtigt.

Herausgeber und Autoren sind führende Experten in den jeweiligen Bereichen und Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter +49 (0) 7221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos